



## Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

## Energiemix verantwortlich gestalten Debatte zum Integrierten Energie- und Klimaprogramm

**Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion genießt der Klimaschutz hohe Priorität. Wir stehen zu den erfolgreichen Bemühungen unserer Bundeskanzlerin um eine weltweite Gestaltung des Klimaschutzes. Die Ergebnisse von Bali wären ohne den von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm erzielten Durchbruch undenkbar gewesen.**

Ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von CO<sub>2</sub> ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Für die Union ist aber klar, dass Umweltprobleme nicht losgelöst von den wirtschaftlichen Konsequenzen betrachtet werden dürfen. Wir müssen stets dafür sorgen, dass Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hohe ökologische Standards dürfen nicht zu unerträglich hohen Kosten für Wirtschaft und Verbraucher führen. Das gilt insbesondere für die Energieerzeugung. Wir wissen: Die einseitige Förderung Erneuerbarer Energien würde den Strompreis in die Höhe schnellen lassen. Daher sprach sich in der Debatte am Donnerstag der Energie-Koordinator der Unionsfraktion, der Waiblinger Abgeordnete Dr. Joachim Pfeiffer, dafür aus, die Förderung für die Photovoltaik im Gesetzgebungsverfahren zu überprüfen, da bei dieser Technologie eine deutliche Diskrepanz zwischen Kosten und Ertrag besteht.

Vor diesem Hintergrund haben in dieser Woche die parlamentarische Beratung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz begonnen. Dabei werden sich CDU und CSU für einen verantwortungsvollen Mix aus Erneuerbaren Energien, der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie sowie neuer und effizienter Kohle- und Gaskraftwerke ein. Gleichzeitig muss neben der Erforschung

alternativer Energiequellen auch die technische Machbarkeit so genannter CO<sub>2</sub>-freier Kohlekraftwerke vorangetrieben werden. Dabei soll das klimaschädliche CO<sub>2</sub> aus den Abgasen abgeschieden und in unterirdischen Lagerstätten eingelagert werden. Deutschland ist Vorreiter im Klimaschutz und soll es bleiben, denn nur so können wir andere von unserer Ernsthaftigkeit und von der Machbarkeit des Klimaschutzes in einer Industrienation überzeugen.

Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist es, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf 25 bis 30 Prozent und danach kontinuierlich weiter zu erhöhen. Mit dem Gesetz werden im Vergleich zur bisher geltenden Rechtslage weitreichende Veränderungen, etwa bei der Höhe der Vergütungen, vorgenommen.

Mit dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz soll darüber hinaus der Anteil Erneuerbarer Energien für Heizung, Warmwasserbereitung und Erzeugung von Kühl- und Prozesswärme bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent erhöht werden. Damit wird ein weiterer Beitrag geleistet zur Verstetigung und Beschleunigung des Ausbaus regenerativer Wärme in Deutschland. Bisher ungenutzte Potenziale sollen erschlossen, und der Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere bei den fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas, soll damit entgegengewirkt werden.

Im weiteren parlamentarischen Verfahren wollen wir sicherstellen, dass alle Maßnahmen in diesem Bereich im Zieldreieck von ökologischer Effizienz, wirtschaftlicher Verträglichkeit und sozialer Gerechtigkeit liegen müssen. So werden wir beispielsweise darauf achten, dass Altgebäude und Neubauten unterschiedlich behandelt werden.

### **Straßenbaubericht 2007**

Dem Straßenbaubericht 2007 ist wie in den Vorjahren erneut eine deutliche Verkehrszunahme zu entnehmen. So wird für die Straßengüterverkehrsleistung bis 2050 etwa eine Verdoppelung erwartet und auch beim Personenverkehr werden trotz der demografischen Entwicklung einer älter werdenden Gesellschaft weitere Zunahmen der Fahrleistungen prognostiziert. Schätzungen gehen davon aus, dass trotz einer stärkeren Verlagerung von Transportleistungen auf die Schiene im Jahr 2025 bis zu 75% des Gesamtgüterverkehrsaufkommens durch den LKW-Transport abgewickelt werden. Die Verkehrsinfrastruktur muss also fit für die Zukunft gemacht werden. Dazu gehört vor allem die Sanierung von Brücken, denn bei fast 16% der Brückenflächen besteht Sanierungsbedarf. Aus Sicht der Union sollten hierfür Mehreinnahmen aus der LKW-Maut verwendet werden. Darüber hinaus müssen mehr Möglichkeiten genutzt werden, privates Kapital für den Straßenbau einzusetzen.

### **Verbraucherschutz bei Lebensmitteln**

Ausgelöst durch die Fleischskandale in jüngster Zeit hat der Bundestag in erster Lesung das Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches sowie anderer Vorschriften beraten. Zur Verbesserung des Verbraucherschutzes sollen Lebensmittelunternehmen, an die unsichere Lebensmittel geliefert worden sind und die diese zurückgewiesen haben, verpflichtet werden, die zuständige Behörde über den Lieferanten zu informieren. Der Bußgeldrahmen soll dabei von 20.000 Euro auf 50.000 Euro angehoben werden.

### **Deutsche in Internationalen Organisationen**

Mit dem in dieser Woche eingebrachten Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken“ treten wir für eine integrierte deutsche Personalstrategie für internationale Organisationen ein. Der Einfluss internationaler Institutionen und Organisationen auf die

Innenpolitik der Staaten nimmt immer weiter zu. Deshalb kommt einer angemessenen deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen immer mehr Bedeutung zu. Die bloße Mitgliedschaft in institutionellen Lenkungsorganen reicht hierfür nicht mehr aus. Leider ist Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern in vielen internationalen Organisationen quantitativ und qualitativ nicht mehr oder noch nicht angemessen repräsentiert. Dem wollen wir mit diesem Antrag entgegenwirken.

### **Änderung des Waffengesetzes**

In dieser Woche begannen die Beratungen zur Änderung des Waffengesetzes. Bei vielen Raubüberfällen wurden in jüngster Zeit täuschend ähnliche Nachahmungen von Schusswaffen verwendet. Das Führen dieser so genannter „Anscheinswaffen“ soll künftig untersagt werden. Ausnahmen sind aber für Nachbildungen vorgesehen, die für Brauchtumsveranstaltungen benötigt werden. Um die drastisch steigenden Zahlen des Messergebrauchs bei gewalttätigen Auseinandersetzungen einzudämmen, dürfen darüber hinaus in der Öffentlichkeit nur noch Messer mit einer maximalen Klingenlänge von 12 cm geführt werden. Auch hier sind Ausnahmen vorgesehen, beispielsweise für den Sport und das Handwerk.

### **Stärkung der Rechte zweifelnder Väter**

Mit dem neuen Verfahren der Vaterschaftsfeststellung und Vaterschaftsanfechtung ist es gelungen, ein zeitgemäßes, lebensnahes und niedrighwelliges rechtliches Instrumentarium in unserem Familienrecht zu etablieren. Anfechtungsberechtigte Personen (rechtlicher Vater, Mutter, Kind) erhalten einen Anspruch auf Einwilligung in eine genetische Untersuchung zur Klärung der Abstammung und Duldung der Entnahme einer für die Untersuchung geeigneten Probe. Neu ist, dass die Klärung der biologischen Abstammung nicht mehr gleichbedeutend ist mit der Anfechtung der rechtlichen Vaterschaft. Damit werden viele zweifelnde Väter von einer Zwangssituation befreit.